

## Ein Paket für die Zukunft

Die Regierung hat sich auf ein milliardenschweres Konjunkturpaket geeinigt, das Arbeitsplätze sichern und die Wirtschaft wieder zum Laufen bringen soll.



Bundesregierung / Steffen Kugler

Um die Ausbreitung des Corona-Virus in Deutschland einzudämmen, schlossen ab Mitte März sämtliche Restaurants und viele Geschäfte, zahlreiche Unternehmen drosselten die Produktion und schickten ihre Arbeitnehmer in Kurzarbeit. Als Folge der Schließung von Schulen und Kindertagesstätten mussten Familien zuhause neben ihrer Arbeit die Kinder betreuen und beim Homeschooling unterstützen. Als Weg aus der Corona-Krise hat sich die Bundesregierung Anfang Juni auf ein umfangreiches Konjunkturpaket verständigt, das unter anderem eine Senkung der Mehrwertsteuer um drei (bzw. zwei) Prozentpunkte für sechs Monate vorsieht, einen Familienbonus über 300 Euro pro Kind und eine Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Kommunen.

Das so genannte Konjunktur- und Zukunftspaket hat ein Volumen von rund 130 Milliarden Euro, wovon 50 Milliarden in Bereiche wie Wasserstoffwirtschaft, Quantentechnologien und Künstliche Intelligenz fließen sollen. „Wir werden damit der Forschung, aber auch der Wirtschaft in zentralen

Zukunftsfeldern neuen Schub verleihen“, meint Bundesforschungsministerin Anja Karliczek. Auch Susanne Friebel, DPG-Vorstand für Industrie und Wirtschaft, lobt: „Für Hightech-Firmen ist das Zukunftspaket besonders interessant.“

Forschende Unternehmen, vor allem im Mittelstand, profitieren laut Anja Karliczek dadurch, dass sie eine Million Euro für Forschungsaufwendungen pro Jahr steuerlich geltend machen können statt der bisherigen 500 000 Euro. Auch die Qualität der Bildung gelte es zu verbessern. So würde der digitale Unterricht an Schulen weiter an Bedeutung gewinnen und soll daher noch stärker vorangetrieben werden ebenso wie der verlässliche Ganztagesausbau der Schulen. „Damit geben wir jungen Familien, die in der Coronakrise Außerordentliches leisten müssen, neue Perspektiven für eine gute Bildung ihrer Kinder und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, freute sich Karliczek.

Beim Deutschen Industrieverband SPECTARIS stieß das Konjunkturpaket auf viel Zustimmung, insbe-

sondere lobte der Verband die Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Probleme des Mittelstands zu überbrücken. Dazu zählen laut SPECTARIS-Geschäftsführer Jörg Mayer die Liquiditätshilfen für kleine und mittlere Firmen sowie steuerliche Erleichterungen. Allerdings gelte es auch, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Hightech-Mittelstands zu stärken.

Auch Reimund Neugebauer, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, begrüßt das „mutige Konjunkturpaket“, das an den richtigen Stellen ansetze und eine solide Grundlage schaffe für die Erholung und maximale Ertüchtigung der Wirtschaft für die Zeit nach Corona. Besonders hebt er das Paket über 50 Milliarden Euro für Zukunftstechnologien und Klimaschutz hervor: „Dieses wird nicht nur kurzfristige Konjunkturimpulse setzen, sondern auch langfristig die Wirtschaft und Forschung am Standort Deutschland stärken.“

Die Zuse-Gemeinschaft sowie die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF) fordern dagegen Nachbesserungen am Konjunkturprogramm im Interesse der Innovationsförderung. Denn die vorgelegten Pläne betonten zwar den Stellenwert von Forschung und Entwicklung für den benötigten Aufschwung. Die bislang erkennbare Stärkung der projektbezogenen Forschung sei allerdings noch nicht bedarfsgerecht. Die technologieoffene Projektförderung sei in den bisherigen Plänen der Koalition unzureichend berücksichtigt. Die im Koalitionspapier erwähnte, aber thematisch eng begrenzte Aufstockung projektbezogener Forschung müsse auf breitete Füße gestellt werden, mahnen die beiden Organisationen.

Auch aus dem Arbeitskreis Industrie und Wirtschaft (AIW) der DPG kommen einige kritische Stimmen. So bedauert Valentin Kahl, stellvertretender Vorsitzender des AIW und Gründer der ibidi GmbH, dass einige der Maßnahmen nur den kurzfris-

tigen Konsum fördern: „Gerade jetzt ist es wichtig, auch die disziplinenübergreifende Forschung und Innovation an den Schnittstellen von Physik und Biologie oder Physik und Medizin im Rahmen von Verbundprojekten zu fördern.“ Zudem sei die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer für viele Firmen administrativ sehr aufwändig und mit entsprechenden Mehrkosten verbunden.

Der AIW-Vorsitzende Rolf Loschek, Inhaber von Chronos Management Consulting, kritisiert zudem, dass die mehr als zwei Millionen Solo-Selbstständigen nicht berücksichtigt seien, obwohl sie laut Regierung von der Krise besonders betroffen

sind. So hatte die Bundesregierung im März bis zu 50 Milliarden Euro Soforthilfen für Solo-Selbstständige und andere Kleinstfirmen in Aussicht gestellt, die nur zu einem Viertel ausgeschöpft waren, nun aber eingestellt wurden. „Die Ausgestaltung der Soforthilfen, dass sie in den meisten Bundesländern beispielsweise nicht für den Lebensunterhalt genutzt werden dürfen, geht an der Lebenswirklichkeit von Solo-Selbstständigen vorbei“, stellt Loschek fest. Denn ihren Gewinn müssten sie natürlich größtenteils für ihren Lebensunterhalt verwenden. Dieser entspräche daher nicht dem Gewinn einer größeren Firma, bei der die Lohnkosten bereits vor

Berechnung des Betriebsüberschusses abgezogen werden.

Die Aussichten für Physikerinnen und Physiker schätzt er aber positiv ein, da diese eher im Hightech-Sektor tätig sind: „Dieser wird unter den wirtschaftlichen Folgen der Krise vermutlich weniger stark leiden und möglicherweise aufgrund der gestiegenen Digitalisierung sogar profitieren“, sagt Loschek. Dem stimmt auch Valentin Kahl zu: „Physikerinnen und Physiker sind als Technologie- und Innovationsträger immer gefragt und werden mittelfristig nicht sehr stark durch den wirtschaftlichen Einbruch betroffen sein.“

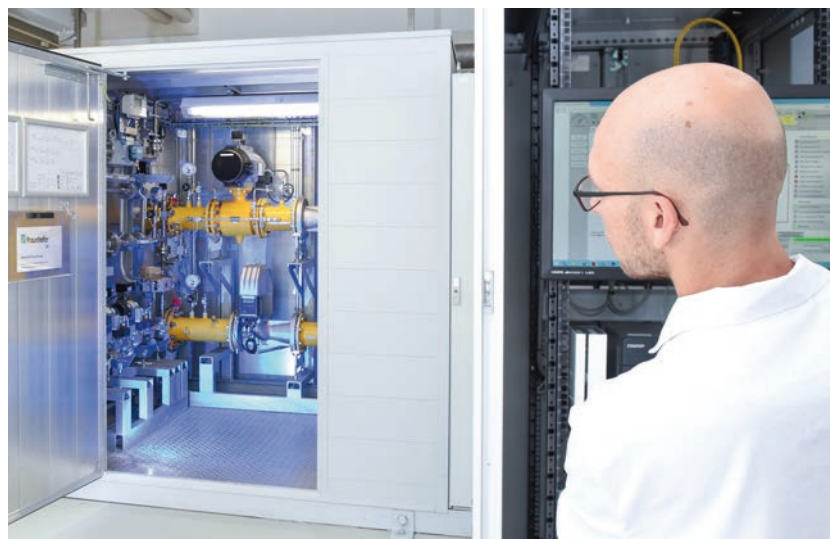
Maika Pfalz

## Wasserstoff als Hoffnungsträger

Das Bundeskabinett hat eine nationale Wasserstoffstrategie beschlossen.

Wasserstoff spielt eine wichtige Rolle für die Energiewende, denn er soll die fossilen Brennstoffe großflächig ersetzen, als Speicher für erneuerbare Energien dienen, Mobilität ermöglichen und die verschiedenen Energiesektoren koppeln – und zwar möglichst effizient und kostengünstig. Doch dafür gilt es in vieler Hinsicht noch, die entsprechenden Technologien zu entwickeln bzw. Infrastrukturen zu etablieren. Um dies voranzutreiben, hat die Bundesregierung im Juni eine Nationale Wasserstoffstrategie beschlossen.<sup>1)</sup> Damit verbunden ist die Einrichtung eines Nationalen Wasserstoffrats, dessen 26 Mitglieder aus Industrie und Wissenschaft, 12 davon Frauen, für die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der Strategie sorgen sollen.

Zentraler Punkt ist dabei der „grüne“ Wasserstoff. „Gut fürs Klima ist auf Dauer nur Wasserstoff aus 100 Prozent erneuerbaren Energien. Deswegen müssen und werden wir die erneuerbaren Energien konsequent ausbauen“, sagte Bundesumweltministerin Svenja Schulze. Für die Förde-



Fraunhofer ISE / Joscha Feuerstein

In einer Pilotanlage erprobt das Fraunhofer ISE bereits seit zwei Jahren die Wasserstoffeinspeisung in das Erdgasverteilnetz.

rung von Forschung und Innovation zum Grünen Wasserstoff sollen bis 2023 zusätzlich 310 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Die Fraunhofer-Gesellschaft hatte bereits im Oktober 2019 eine Wasserstoff-Roadmap erstellt.<sup>2)</sup> Demnach sei es gerade im Hinblick auf die Klimaziele der Bundesregierung unumgänglich, Wasserstoff als Grundbaustein gasförmiger und flüssiger Energieträger auf Basis erneuerbarer Energien dort zu etablieren, wo eine direkte Stromnutzung technisch oder wirtschaftlich nicht möglich oder

sinnvoll sei. Die Helmholtz-Gemeinschaft hat im Mai ihre Forschungsaktivitäten im Bereich Wasserstoff zusammengestellt.<sup>3)</sup>

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) begrüßt grundsätzlich die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung, kritisiert aber etwa den Einsatz von Wasserstoff im Verkehr als lebensverlängernde Maßnahme des Verbrennungsmotors.<sup>4)</sup> Politik und Industrie sollten sich anstelle von E-Fuels und Wasserstoff auf batterieelektrische Antriebe konzentrieren, so die DUH.

Alexander Pawlak

1) Nationale Wasserstoffstrategie (PDF): [bit.ly/2MZ8rdS](https://bit.ly/2MZ8rdS)

2) Wasserstoff-Roadmap (PDF): [bit.ly/3e84oaW](https://bit.ly/3e84oaW)

3) Kompetenzatlas Wasserstoff (PDF): [bit.ly/3frdK1U](https://bit.ly/3frdK1U)

4) Wasserstoffstrategie der DUH (PDF): [bit.ly/2YDuaNT](https://bit.ly/2YDuaNT)